

Redebeitrag Bündnis 90/Die Grünen für Kreistagssitzung am Montag, 21.10.2013

Sachstandsbericht zum Neubau Rems-Murr-Kliniken

Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
werte Kolleginnen und Kollegen,

Nach den Turbulenzen der letzten Wochen um den Klinikneubau in Winnenden, hat die nun aktuell angepasste, geplante Vorgehensweise unsere volle Unterstützung. Ich möchte die wichtigsten Eckpunkte für die Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen ansprechen:

- 1. Sicherheit bei Inbetriebnahme!** Die Entscheidung des Aufsichtsrats, den Klinikneubau in Winnenden erst im Januar in Betrieb zu nehmen, war unter den gegebenen Umständen richtig. Durch den enormen Druck, der auf der Baustelle im Hinblick auf die geplante Fertigstellung im November entstanden ist, war ein Sicherheitsrisiko bei der Inbetriebnahme nicht auszuschließen. Bei einer technisch so komplexen Einrichtung wie einem Krankenhaus, ist es zwingend notwendig, dass die Technik zuverlässig funktioniert und auch die Abläufe für das Personal und die Patientinnen und Patienten sichergestellt sind. Des Weiteren haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun die erforderliche Zeit, sich bis zum Komplettumzug auf die künftigen Betriebsabläufe einzustellen. Das jetzt zur Verfügung stehende Zeitfenster dient dazu, Nachbesserungen vorzunehmen und den Ablauf zu stabilisieren.
- 2. Informationen über Ursachen von Mehrkosten:** Der Aufsichtsrat hat den Auftrag für ein neutrales externes Gutachten erteilt. Ziel des Gutachtens ist es, die Projektplanung, die Prozesssteuerung sowie die Durchführung und Kostenentwicklung, insbesondere die Ursachen und Verantwortlichkeiten für die entstandenen Mehrkosten beim Neubau, zu klären und nachvollziehbar darzustellen. Gerade bei einem Bauprojekt in dieser Dimension, das mit öffentlichen Geldern finanziert wird, und unter anderem deshalb in starkem öffentlichem Interesse steht, müssen der Aufsichtsrat, der Kreistag sowie die Öffentlichkeit detaillierte Informationen über den Einsatz der Steuergelder erhalten. Die entstandenen Mehrkosten sind für uns nicht leicht mit zu verantworten. Nach Schwierigkeiten in der Bauphase waren sie nicht zu vermeiden. Der Rechtsstreit wird hier Klarheit schaffen.
- 3. Zukünftig Transparenz und Beteiligung:** Hauptgründe für die Umwandlung in eine gGmbH waren vor allem Entscheidungswege zu verkürzen und so auch im Umfeld

privater Klinikträger schneller handlungsfähig zu sein. Durch die Gründung der gGmbH und Verlagerung der Beratung und Entscheidungsfindung in nichtöffentliche Sitzungen des Aufsichtsrats ist ein Defizit an Transparenz und Beteiligung entstanden. Ein Problem ist, dass nur die Mitglieder des Aufsichtsrats über umfassende und aktuelle Informationen den Klinikneubau betreffend verfügen. Hier gilt es nachzuarbeiten. Wir, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, setzen uns für eine Änderung der bisherigen strengen Vertraulichkeitsregeln ein. Diese sind für eine privatwirtschaftlich geführte GmbH vielleicht angebracht. Bei einer dem Gemeinwohl dienenden und gemeinnützigen GmbH, die mit unseren Steuergeldern arbeitet, ist eine weitergehende Information der Kreisrätinnen und Kreisräte und somit der Öffentlichkeit erforderlich. Die geplante interfraktionell besetzte Arbeitsgruppe möge zügig einen Kodex für mehr Beteiligungsmöglichkeiten des Kreistags entwickeln. Denn nicht nur der Aufsichtsrat, sondern am Ende auch der Kreistag trifft Entscheidungen über die Verwendung von hohen Summen öffentlicher Gelder. Dafür müssen wir als Kreisrätinnen und Kreisräte letztlich auch gerade stehen.

Wir wünschen uns eine durchaus kritische aber auch faire Begleitung durch die Presse, und eine konstruktive vorwärtsgewandte Darstellung des für unseren Landkreis sehr bedeutsamen Jahrhundertprojekts „Klinik-Neubau“ in der Öffentlichkeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort,

Susanne Fauth-Rank